Gewerkschaft der Polizei ● Kreisgruppe Steinfurt

Gewerkschaft der Polizei

Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

Kreisgruppe Steinfurt
Seniorenvertreter (APS)

☎ (0 5971) 7744 000000
Email : jo-paschke@t-online.de
j.paschke@dgb-rheine.de,

Im August 2005

Senioren–News

==========

Zum Thema „Bürgerversicherung“

Kommt die Bürgerversicherung ?

Wenn Beamte in die Bürgerversicherung und damit in die GKV einbezogen würden und damit das System der Beihilfe abgeschafft würde, hätte das enorme finanzielle Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte: So fallen im beihilfefinanzierten System nur im Krankheitsfall Kosten für den jeweiligen Dienstherrn an. Die Kosten für die Arbeitgeberbeiträge, für die die Dienstherrn im Fall der Bürgerversicherung aufkommen müssten, überschreiten nach Feststellungen der für die Beihilfe zuständigen Minister des Bundes und der Länder deutlich die Kosten des gegenwärtig praktizierten Systems der Beihilfe. Die Mehrkosten würden mindestens 48% betragen. Folglich steht eine Überführung der Beamten in das GKV-System im Widerspruch zu den Bemühungen, die Haushalte mittelfristig zu konsolidieren.

Für Beamte ist die Bürgerversicherung verfassungswidrig, da Art. 33 Abs. 5 GG eine rechtliche und wirtschaftliche Absicherung verlangt. Auch bestehen dahingehend Bedenken, dass die BV. nicht mit dem europäischen Wettbewerbsrecht und die Freiheit des Dienstleistungsverkehrs, dem Subsdiaritätsprinzip vereinbar ist. Sie dürfte auch eine verkappte Einkommenssteuer darstellen. Der Gesetzgeber überschreitet mit einer geplanten Einführung einer Bürgerversicherung seinen Gestaltungs- und Ermessenspielraum, greift in die Grundrechte ein und verstößt damit gegen das Verfassungsrechtliche Übermaßverbot. (Art. 12 Abs. 1 und Art 2 Abs. 1 GG).

Für die Kollegen der WSP :

Hände weg von der Wasserschutzpolizei!

Die Wasserschutzpolizei muss ihre Eigenständigkeit behalten:

Mit scharfer Kritik reagierte die Gewerkschaft der Polizei auf das Vorhaben des Innenministers, die Wasserschutzpolizei dem PP Duisburg anzugliedern und damit die Selbständigkeit aufzulösen.

„Wir haben sofort Kontakt zum Innenministerium aufgenommen und werden alles daransetzen, diese Maßnahme zu stoppen“, sagte Frank Richter, stellvertretender Vorsitzender der GdP.

Es kann nicht sein, dass man den Plänen der Scheu-Kommission zur Neuorganisation der Polizei in NRW generell eine Absage erteilt und sich dann einige Rosinen aus dem Gesamtpaket herauspickt.

Das Innenministerium spricht selbst von einer „hoch spezialisierten Fachbehörde“ und räumt ein, dass in Duisburg „bislang nicht die spezifische Sachkenntnis für besondere Lagen aus dem Aufgabenspektrum für die WSP verfügbar“ sei.

Die GdP hält die Pläne zur geplanten Angliederung an das Polizeipräsidium
Duisburg für einen fatalen Fehler, der auch nicht absehbare Auswirkungen auf die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes hätte.

NRW hat das größte Binnenwasserstraßennetz in der ganzen Bundesrepublik und kann unmöglich als Anhängsel einer Kreispolizeibehörde
geleitet werden.

Düsseldorf, 21.07.2005

Anm.der Red.: Übrigens, das trifft auch für die beabsichtigte Auflösung der Autobahnpolizei zu. Na, ja dafür bekommen wir ja die Reiterstaffel wieder.

Notizen:
Der Kollege Bernhard Heckenkemper hat nach der Änderung der Beihilfe-Formulare die Beihilfedatei der GdP mit viel Mühe wieder mal überarbeitet und an die Verteiler zugestellt. Senioren, die einen Internetanschluss haben, haben sie von mir auf dem E-Mail-Wege ja bereits erhalten.
Ich hoffe, dass Ihr auch alle nach einigem Studium damit zurecht gekommen seid.

!! Wichtiger Termin !!

31. August 2005 17,00 Uhr
Hotel Stegemann,
Saerbeck, Westladbergen 73.
Jahreshauptversammlung 2005

Teilnahme ist für uns Pensionäre Verpflichtung!

Euer
Ansprechpartner für Senioren
-Jo. Paschke-

Deine Interessen haben bei der **GdP** *eine Stimme!*